



NEPAL

Warten auf den wirtschaftlichen Ruin

— Andauer der indischen Wirtschaftsblockade —

Während die 18 Millionen Nepali seit dem 19. März täglich auf ein Ende der Wirtschaftsblockade durch Indien warten (siehe: 'Südasiens, 5-6/89), konnte bis heute kein Abschluß bei den Verhandlungen über die Transit- und Handelsverträge erreicht werden. Die Spekulationen, daß Nepal die Versorgungsnotlage nicht lange verkraften werde, haben sich kurzfristig als falsch erwiesen. Die nationale Notlage stärkte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung und vereinte - trotz bestehender Meinungsunterschiede - die Regierung mit den oppositionellen Gruppierungen. Doch in einer Phase, da sich das Alltagsleben im Himalaya-Königreich zu normalisieren scheint, wird das Land unverhofft mit neuen Schwierigkeiten konfrontiert. Zu den angespannten nepalisch-indischen Beziehungen zwei Beiträge von Ram Pratap Thapa und Karl Heinz Krämer:

Am 26. Juli überraschte die Hafenbehörde von Kalkutta den nepalischen Generalkonsul mit der Neuigkeit, die Docks mit sofortiger Wirkung für unbestimmte Zeit aufgrund von Reparaturarbeiten zu schließen. Bisher standen Nepal zwei Docks zur Entladung seiner Erdölimporte aus Übersee zur Verfügung. Da kein alternatives Angebot vorlag, unterbreitete die nepalische Regierung der Hafenbehörde den Vorschlag, bei den Reparaturarbeiten phasenweise vorzugehen und wenigstens ein bis zwei Docks, abwechselnd Nepal zu überlassen. Der indische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten erklärte, technische Gründe seien für die Schließung ausschlaggebend. Er sehe keine Möglichkeit, sich in dieser Angelegenheit für Nepal einzusetzen, zumal die Entscheidungsbefugnis der Hafenbehörde unterliege. Daraufhin reisten Vertreter der nepalischen Verkehrsbehörde nach Kalkutta, um ein alternatives Dock in Haldia zu finden. Dies war jedoch kurzfristig nicht realisierbar.

Inoffiziellen Kreisen in Kathmandu zufolge werden die Reparaturen mindestens noch weitere sechs Monate andauern. Da die nepalische Seite davon sehr kurzfristig, ohne das Angebot einer Ersatzlösung, in Kenntnis gesetzt wurde, sehen Beobachter hinter der Schließung der Hafenanlagen verstärkt politische Motive. Sollten sich Gerüchte bewahrheiten, daß Nepal der Hafen Cochin im südwestindischen Kerala als Ausweichstandort angeboten werden soll, würde das für diese These sprechen. Die Anlandung für Nepal bestimmter Waren in Kerala würde bedeuten, daß sich die Transportwege um mehr als das Doppelte verlängern würden, eine für Nepal völlig unannehmbare Lösung.

Neue Spannungen

Die indische Vorgehensweise bei der Hafenschließung hat zusätzlichen Zündstoff in die Beziehungen beider Länder gebracht und könnte dazu beitragen, die Verhandlungsbereitschaft zu beeinträchtigen. Am 16. Juni antwortete der indische Außenminister Rao seinem nepalischen Amtskollegen auf dessen wiederholtes Angebot - zuletzt am 12. Juni - neue Gespräche zwischen den beiden Staaten aufzunehmen. Dieser Schritt wurde in Kathmandu "positiv" bewertet. Die Antwort aus Delhi enthielt jedoch keine konkreten Angaben über ein

mögliches Zusammentreffen. Der nepalische Außenminister beantwortete dieses Schreiben am 26. Juni und äußerte dabei den Wunsch nach einem Treffen auf Außenministerebene. Ein definitiver Gesprächstermin ist der Öffentlichkeit bis heute nicht bekannt. Die indische Regierung wünschte, bei den Verhandlungen nicht über die Transit- und Handelsprobleme zu sprechen, sondern die gesamten indo-nepalischen Beziehungen auf die Tagesordnung zu stellen. Eine Einigung über die Vorgehensweise bei den Verhandlungen wurde noch nicht erreicht, da Nepal anscheinend vor dem Gipfeltreffen auf Vertragseinzelheiten eingehen will, während die indische Seite zunächst einen Rahmenvertrag wünscht, bevor Einzelheiten festgelegt werden.

Der indische Außenminister Rao bedauerte in seinem an die nepalische Regierung gerichteten Schreiben vom 1. Juni die Versuche der Regierung Nepals, die bilateralen Probleme zu internationalisieren, indem sie eine "dreispurige" Politik verfolge: Im Land erzeuge die nepalische Regierung eine anti-indische Stimmung; entgegen ihren Zusagen strebe auf internationaler Ebene die Intervention der jeweiligen Staaten und Organisationen bei den bilateralen Verhandlungen mit dem Ziel an, die nepalischen Interessen durchzusetzen; weiterhin erwecke Nepal in der internationalen Öffentlichkeit den Eindruck, als sei es jederzeit zu einem Dialog bereit. Nepals internationale Hilfesuche lassen sich mit dem Gefühl, von Indien ungerecht behandelt zu werden, erklären. Die Verärgerung Indiens ist allgemein verständlich. Nepals Klage bei diversen internationalen Treffen über das Verhalten des großen Nachbarn sowie die weltweiten Demonstrationen gegen Indien, einschließlich der Proteste der indischen Oppositionsparteien und der betroffenen Grenzbewohner im eigenen Land, fügten Indien zwar keinen direkten Schaden zu, dennoch waren die Protestaktionen für Indien, gerade im Vorfeld der anstehenden Parlamentswahlen, nicht unbedingt angenehm.

Die nepalische Regierung klagte über den staatlichen indischen Rundfunk, der täglich Propaganda gegen Nepal sende. So wurde beispielsweise über Proteste nepalischer Oppositionspolitiker und über Unruhen berichtet, die überhaupt nicht stattfanden. Trotz der indischen

Zusicherung, freie Transportwege gemäß internationalem Recht zu gewähren, konnten für Nepal lebenswichtige Güter, wie zum Beispiel Erdöl, nicht ungehindert die Grenze passieren. Die Erlaubnis, die Grenze zu überschreiten, wurde von den indischen Zollbehörden individuell gehandhabt. Beispielsweise durften indische LKW's bevorzugt die Grenze überqueren, während die übrigen mit langen Wartezeiten rechnen mußten. Den Höhepunkt der indischen Schikanen bildeten 110 Tankwagen, die sich Mitte Juni vor der Grenze angestaut hatten. Sie mußten, nach Aussagen der Fahrer, ohne Begründung tagelang auf die Abfertigung warten. Während des Besuches des pakistanischen Außenministers in Kathmandu entschied sich Indien dazu, alle Tankwagen an der Grenze zu stoppen. Damit demonstrierte Indien die Abhängigkeit, in der sich Nepal gegenüber seinem südlichen Nachbarn befindet.

Verheerende Folgen

Die bisherigen wirtschaftlichen Folgen für das Himalaya-Königreich waren unvorhersehbar. Nicht nur die angestrebten Wirtschaftspläne konnten nicht verwirklicht werden, sondern die gestiegenen Importe aus Drittländern tragen zu einer erheblichen Verringerung der Devisenreserven des Landes bei, da sie in US Dollar bezahlt werden müssen. Der Handel mit Indien wird demgegenüber in Rupien abgewickelt.

Unter der Grenzschließung leidet in erster Linie Westnepal, da sich die zwei offenen Grenzübergänge, Raxaul und Jogbani, in Mittel- bzw. Ostnepal befinden. Die Agrarexporte aus dieser Region konnten bislang nur über Indien abgewickelt werden.

Mehrere Industriebetriebe mußten ihre Produktion be-

reits einschränken bzw. ganz einstellen. Insbesondere die Textil- und Bekleidungsindustrie ist stark betroffen. Die Regierung erlitt durch die Einbußen bei den Exportsteuern Verluste in Milliardenhöhe. Gegenwärtig wird versucht, diese Einnahmeverluste durch eine Erhöhung der Erdölpreise um 25 bis 47 % zu kompensieren. Dieses Problem sowie die Aufhebung der Import/Exportzollvergünstigungen werden Prognosen zufolge zu einer zweistelligen Inflationsrate führen. Zahlreiche Entwicklungsprojekte können nicht verwirklicht werden. Der nepalische Finanzminister bezifferte bei der Vorlage des neuen Haushalts die gesamtwirtschaftlichen Verluste auf über 2 Milliarden Rupien (15 Rs. = 1 DM) und veranschlagte den Zuwachs des Bruttosozialprodukts entgegen früheren Erwartungen nicht auf 5 sondern nur noch auf 1,5 %.

Katastrophale Auswirkung hat der indo-nepalische Konflikt auch auf die Umwelt gehabt. Infolge des Mangels an importierten Brennstoffen mußten große Teile der für das ökologische Gleichgewicht so wichtigen Wälder abgeholzt werden. Nach Angaben der nepalischen Naturschutzstiftung habe sich der Bedarf an Brennholz von 60 auf 300 ha vervielfacht. Dies bedeutet einen Waldverlust, der sich auf einen Wert von 833 Millionen Rupien beziffern läßt.

Bedenkliche Planung

Die andauernde Blockade verdeutlicht die einseitige Entwicklung des Landes. Erst jetzt wird der Öffentlichkeit bewußt, wie einseitig und gleichzeitig unbedacht sich Nepal in die Abhängigkeit Indiens begeben hat. Es wird wiederholt kritisiert, daß bei der Planung nicht versucht wurde, Alternativen für den Fall einer Notlage, wie sie momentan besteht, zu finden. Dies wäre zwar schwierig aber dennoch nicht unmöglich gewesen. Die jetzt eingeleiteten langfristigen Maßnahmen der Regierung hätten schon viel früher realisiert werden müssen. Die Kritiker beziehen sich dabei unter anderem auf folgende Versäumnisse:

- Zusätzliche Handelsroute: Diskussionen über den Bau neuer Hafenschlüsse in Karachi und Transport über den chinesischen Karakoram Highway;
- Städtische Verkehrsmittel: Konkret ist hiermit die Verlagerung des Transportsystems auf elektrisch betriebene Fahrzeuge gemeint. Auch die Errichtung von Seilbahnen ist bislang nicht berücksichtigt worden. In Kathmandu allein gibt es 43.000 Kraftfahrzeuge. Die Straßenbahn könnte einen großen Teil dieser Fahrzeuge ersetzen. Besonders die Verbindung zum Flughafen wurde in diesem Zusammenhang heftig kritisiert, da mit nur geringem Aufwand die Anbindung der "Trolley Busse" an den Flughafen möglich gewesen wäre, was auch den Touristen zugute gekommen wäre;
- Die GATT-Mitgliedschaft (intern. Zollabkommen): Erst die Auswirkungen der Blockade veranlaßten die nepalische Regierung, die Mitgliedschaft zu beantragen;
- Die einheimische Ölsuche: Trotz laufender Diskussionen über Ölbohrungen wurde dieses Ziel nicht konsequent verfolgt. Erst jetzt wurden Verträge mit zwei ausländischen Firmen hinsichtlich der Erdölgewinnung in Biratnagar (Ostnepal) abgeschlossen.

Interne Problemlösung

Als Maßnahme gegen die Auswirkungen der Blockade erstellte die nepalische Regierung Mitte Mai ein 22-Punkte-Programm zur Versorgung der Bevölkerung. Dieser Plan beinhaltet kurzfristig die Beschaffung und bessere Verteilung von notwendigen Konsumgütern und Rohstoffen. Mittelfristig wird die Mobilisierung von Ressourcen sowie eine intensivere Exportförderung

Nepalische Kinder (Foto: Rolf Schmelzer)



angestrebt. Die langfristigen Zielsetzungen umfassen die Entwicklung alternativer Energiequellen sowie die Ausweitung elektrischer Transportsysteme.

Die Regierung führte das "open general license" System ein, mit dem die Einfuhr von Bedarfsgütern aus Drittländern gegen konvertierbare Währungen erlaubt wird. Damit wurde kurzfristig der Bedarf gesichert. Dieses System kann jedoch nur so lange aufrecht erhalten bleiben, wie Devisenreserven vorhanden sind. Die praktische Handhabung dieses Systems veranlaßte Vertreter der nepalischen Industrie- und Handelskammer zu heftigem Protest, da ihrer Ansicht nach die Einfuhrliste zu umfangreich sei und nicht nur Bedarfsgüter enthielte. Eine weitere Maßnahme war die Begrenzung der Tauschmöglichkeiten indischer Rupien zur Sicherung des Bestandes. Trotz einiger Schwierigkeiten ist es der Regierung gelungen, die Versorgung der Bevölkerung bislang sicherzustellen und den Umfang des Schwarzhandels zu begrenzen. Die seit März andauernde Benzinrationierung konnte vor wenigen Wochen aufgehoben werden. Dies ließ - allerdings nur für wenige Tage - den Eindruck der Normalisierung des Alltags in Nepal aufkommen.

Die Reparaturarbeiten im Hafen von Kalkutta führen erneut zu Versorgungsengpässen. Für die nepalische Bevölkerung, die die Situation bislang geduldig hingenommen hat, könnte die Lage auf Dauer unerträglich werden. Beobachter fürchten, daß die 85.000 Studenten, die mittlerweile ihr Studium wieder aufgenommen haben, zur Eskalation der Situation beitragen könnten. Um einer derartigen Entwicklung entgegenzusteuern, hatte die Regierung die Universitäten Anfang April geschlossen. Erst vor wenigen Wochen war der Lehrbetrieb wieder angelaufen. Die Kritik der Opposition an der Regierungspolitik wird lauter; insbesondere wird ihr eine ungeschickte Diplomatie vorgeworfen. Nach Ansicht politischer Beobachter beabsichtigt Indien durch die Blockade eine Schwächung des umstrittenen nepalischen Panchayat-Systems.

Noch keine Einigung in Sicht

Die bisherigen Auseinandersetzungen verdeutlichen, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine geeignete Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen beiden Staaten besteht. Beobachter sind der Ansicht, daß Indien gegenüber Nepal unverhältnismäßig hart vorgeht. Gleichzeitig wirft man beiden Parteien vor, sich nicht ernsthaft für eine friedliche Beilegung des Konflikts eingesetzt zu haben. Dabei wird der Anschein, Indien sei momentan nicht an einer schnellen Lösung gelegen, mit den bevorstehenden indischen Parlamentswahlen begründet. Man geht allgemein davon aus, daß eine vertragliche Regelung zwischen beiden Staaten erst nach den Wahlen zustande kommen wird.

Einerseits ist Nepal aus wirtschaftlichen Gründen auf seinen großen Nachbarn Indien angewiesen, andererseits gilt Nepal aber auch als sicherer Absatzmarkt für indische Produkte. Das Handelsbilanzdefizit Nepals

gegenüber Indien in Höhe von 2,4 Milliarden Rupien (für die Zeit von Oktober 88 bis Juli 89) bringt dies deutlich zum Ausdruck.

Vor dem Hintergrund der augenblickliche Lage auf dem indischen Subkontinent erhält der indo-nepalische Konflikt jedoch eher eine politische als wirtschaftliche Bedeutung. In Anbetracht des indischen Verhaltens gegenüber seinen Nachbarn gehen viele Pressekommentatoren davon aus, Indien versuche, seine Vormachtstellung in Südasien auszubauen. Im Gegensatz zu Nepal könne Indien es sich erlauben, die Blockade solange fortzusetzen, bis Nepals Reserven erschöpft seien und das Land vor dem wirtschaftlichen Ruin stehe. Dies wäre für Indien der ideale Zeitpunkt, um seine Machtinteressen auch in Nepal durchzusetzen. Demgegenüber hat Indien allerdings wiederholt betont, daß ihm an gutnachbarlichen Beziehungen zu Nepal gelegen sei. Den Beweis für diese Absicht ist Indiens der Weltöffentlichkeit jedoch bislang schuldig geblieben.

Ram Pratap Thapa



Tankfahrzeug in den Straßen von Kathmandu: Brennstoffe sind immer noch knapp (Foto: Rolf Schmelzer)

Ist ein rasches Ende wirklich beabsichtigt?

Die von Indien über Nepal verhängte Wirtschaftsblockade dauert nun schon seit fast fünf Monaten unvermindert an. Anzeichen, die auf eine Annäherung der Standpunkte oder gar eine Beilegung des Konfliktes hindeuten könnten, sind nicht in Sicht. Im Gegenteil, man kann eher von einer Verschärfung der Auseinandersetzung sprechen. Daran ändern auch gelegentliche Vorschläge der einen oder anderen Seite nichts, solange diese nicht von der jeweiligen Gegenseite aufgegriffen werden. Man gewinnt als Außenstehender fast den Eindruck, als sei beiden Staaten momentan an einer Fortdauer der Konfliktsituation gelegen.

Indische Sicherheitsinteressen

Aus indischer Sicht würde jedes Abweichen von den Forderungen die indische Vormachtspolitik auf dem Subkontinent in Frage stellen. Dies würde unweigerlich

als ein Anzeichen der Schwäche in der Politik Rajiv Gandhis gedeutet werden. Derartige Spekulationen darf sich der indische Premierminister angesichts der angespannten Lage auf Sri Lanka und der bevorstehenden indischen Parlamentswahlen nicht erlauben.

Zweifelsohne hatte die indische Regierung nicht mit einer derartigen Standfestigkeit Nepals gerechnet, als sie am 19. März eine Wirtschaftsblockade über den Himalaya-Staat verhängte, um durch wirtschaftlichen Druck seine Sicherheitsinteressen durchzusetzen. Allzu oft hatte Indien in der Vergangenheit Nepal auf diese Weise sehr schnell in die Knie zwingen können, sobald das Himalaya-Königreich versuchte, sich aus dem Abhängigkeitsverhältnis zu seinem südlichen Nachbarn zu befreien.